

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreis
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zuchthaus für Steinwürfe!

Fort mit den Sondergerichten!

Das Sondergericht hat am Mittwoch gegen vier Personen, die anlässlich des Verkehrstreifs Steine gegen Straßenbahnwagen geworfen haben, insgesamt 9 1/2 Jahre Zuchthaus verhängt. Ein Duzend solcher Prozesse steht noch bevor, man kann also mit weiteren endlosen Zuchthausstrafen rechnen. So wirkt sich heute die Zuchthaus- und Sondergerichtsverordnung der Baronsregierung gegen Streikende aus!

Der Staatsanwalt Dr. Wagner hat geglaubt, in seinem Plädoyer diese Notverordnung verteidigen zu müssen. Er rühmte ihre abschreckende Wirkung, behauptete, daß durch sie die Terrorwelle abgeebbt sei. Damit hat der Staatsanwalt die Sache auf ein völlig falsches Gleis gehoben. Die Terrorfälle, unter deren Eindruck die Notverordnung verkündet worden war, hatten weder innerlich noch äußerlich etwas mit den Vorkommnissen beim Verkehrstreif zu tun.

Die Notverordnung wurde erlassen, nachdem in Ostpreußen, Holstein, Schlesien — wie jetzt erwiesen ist, auf Anweisung der leitenden nationalsozialistischen Instanzen — ganze Serien von Nord-überfällen, Attentaten und Bombenanschlägen auf politische Gegner verübt worden waren.

Der jetzt von den Tätern zugegebene Zweck dieser

Attentate sollte sein, die politischen Gegner des Nationalsozialismus durch barbarische Gewalt und Grausamkeit einzuschüchtern.

Mit diesen Dingen hat der Verkehrstreif nichts zu tun. In weit höherem Grade erinnert er an jene Vorfälle in Ostpreußen, Holstein und anderswo, wo sich unter der „Schwarzen Fahne“ Landbevölkerung zusammenrottete und mit Steinwürfen und Dreschlegeln Gerichtspersonen und die zu ihrem Schutze bestellten Gendarmen vertrieb, sobald eine Zwangsversteigerung vorgenommen werden sollte. Für diese Akte hat gerade die der Regierung Papen nahe stehende Presse stets eine sehr starke Sympathie geäußert, und der Vierte Senat des Reichsgerichts hat diese Sympathie in juristische Doktrin umgewandelt, indem er die wegen Aufruhrs und Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagten ostpreussischen Bauern freisprach. Begründung: die Bauern hätten um die Grundlage ihrer Existenz, um Hof und Herd gekämpft, es sei ihnen deshalb Widerstand als Strafausschließungsgrund zuzubilligen.

Nun mocht: kämpft der Arbeiter, der sein Lohnniveau in der Krisenzeit verteidigt, nicht um die Grundlage seiner Existenz? Ist die Kuh des Bauern heiliger als der Lohn des

Arbeiters? — „Lohn (Leute) schreit gen Himmel“, so sagt ein altdeutscher Rechtspruch. Mögen die Mittel verkehrt, mag der Streik laßlich unklug gewesen sein, — darauf kommt es hier nicht an. Die ostpreussischen Bauern waren auch nicht zimperlich in der Wahl ihrer Mittel, sie haben mit Steinen — zwar nicht nach Wagen, aber nach lebendigen Menschen, sogar nach Amtspersonen geworfen. Trotzdem Freispruch!

Woor wir gewarnt haben, das ist nun eingetreten: zweierlei Recht! Selten hat der unbewußte Klassencharakter der Rechtspflege so klar zutage gelegen: für den Existenzkampf des bürgerlich orientierten Landvolks volles Verständnis, für grobe Exzesse der Agrarier freisprechende Entschuldigung. Für die Exzesse im Existenzkampf der Arbeiter aber mehrjährige Zuchthausstrafen. Es liegt hier nicht einmal am harten Gegensatz, denn das Sondergericht ist freiwillig um das Zweieinhalbfache über die Mindeststrafe hinausgegangen. Es hat die streikenden Arbeiter nicht nur mit den nationalsozialistischen Terroristen in einen Topf geworfen, es hat sie sogar weit härter als diese bestraft. Angesichts dieser Schreckensurteile kann man nur rufen: Fort mit dieser Sondergerichtsjustiz, fort mit den Sondergerichten!

9. November!

Paul Löbes Rundfunkrede

Unser Redaktionsmitglied Genosse Paul Löbe hat gestern abend in Hilversum in der Feierstunde des holländischen Arbeiter-Radio-Bundes über die Bedeutung des 9. November für die Arbeiterklasse gesprochen. Die Reaktion hat nicht verhindern können, daß seine Stimme auch zu den deutschen Arbeitern gedrungen ist! Sie haben die Stimme von Paul Löbe gehört, sie haben vernommen, was er sprach, und sie wissen nun, was die Barone in Deutschland unterdrücken wollten!

Paul Löbe führte u. a. aus:

Die deutschen Sendeleitungen und ihre Kommissare tragen keine Bedenken, deutschnationale und nationalsozialistische Redner im Rundfunk sprechen zu lassen, deren Vorträge die Empörung weitester Hörerkreise wecken, sie tragen keine Bedenken.

offenkundige Rechtsputschisten

in probokatorischer Weise die Republik und die republikanischen Parteien schmähen zu lassen. Ein Vortrag jedoch, der der gesamten deutschen Arbeiterklasse am Herzen liegt, und der das ausdrücken soll, was viele Millionen Werttätiger am heutigen Gedenktag der November-Umwälzung von 1918 tief innerlich bewegt, darf nicht gehalten werden, weil die heutigen Herren des Rundfunks davon eine „Verhöhnung der innerpolitischen Gegenstände“ befürchten.

Nun, der Kether ist frei, und ich bemühe deshalb freudig die Gelegenheit, in Ihrem Sender das auszusprechen, was mir zu sagen in den deutschen Sendern verwehrt worden ist. Ich hoffe, daß diese Ansprache die Bande brüderlicher Solidarität, die uns an das Proletariat der anderen Länder knüpfen, verstärken und dazu beitragen wird, die geistige Isolation zu durchbrechen, die die Rundfunkreaktion für Deutschland heraufbeschworen hat.

Und nun zu dem Thema des heutigen Abends: Was ist uns der 9. November, wie steht die deutsche Arbeiterklasse zum Gedenktag der Umwälzung von 1918? Für uns deutsche Arbeiter und Sozialisten bedeutet dieser Tag die Grenzlinie zwischen zwei Geschichtsperioden, er bedeutet die Liquidation des alten kaiserlichen Deutschlands und den Durchbruch zur demokratischen Freiheit und zum Sozialismus. Alles, was morsch war im Vorkriegsdeutschland mit seiner Unfreiheit, seinen ständischen Privilegien, seiner unerbittlichen Klassenherrschaft der Besitzenden, wurde vom Novembersturm 1918 fortgeweht. Ein System brach zusammen, dessen innere Morschheit sich namentlich im Kriege mit aller Deutlichkeit gezeigt hatte und dessen Unvereinbarkeit mit den Interessen des Volkes und des Staates sich schon dadurch offenbarte, daß keine der Stützen des alten Systems es wagte, sich schühend vor das kaiserliche Deutschland zu stellen.

Was taten wir deutschen Arbeiter und Sozialisten in den Tagen des November? Wir mußten den Trümmerhaufen übernehmen, den uns das alte System hinterlassen hatte. Wir mußten die Reichseinheit schützen, den Krieg liquidieren, die Demobilisierung durchführen, das hungernde Volk mit Lebensmitteln versorgen, bei fortdauernder Blockade und beginnender Inflation die Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft überführen, und bei alledem dafür Sorge tragen, daß der alte Obrigkeitsstaat durch einen freien demokratischen Volksstaat abgelöst wurde. Uebermenschliche Aufgaben türmten sich vor uns auf, Aufgaben, vor denen die Vertreter des alten Systems geflüchtet waren, und die von uns nur deshalb bewältigt werden konnten,

weil aus der Millionennasse der klassenbewußten Arbeiterschaft neue schöpferische Kräfte emporströmten, die Volk und Staat vor dem Untergang retteten und die Fundamente für die demokratische deutsche Republik schufen.

Hinterher sind freilich die Anhänger des alten Regimes, nachdem sie sich von ihrem ersten Schrecken erholt hatten, aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekrochen, um Schmähungen und Verleumdungen, Dolchstoßlügen und Verleumdungen gegen die Schöpfer der jungen deut-

Abschiedsbesuche

Herr von Papen reist in Reichsreform

Der Chef des Kabinetts der Barone hat die Absicht, in der nächsten Woche auf Reisen zu gehen. Er läßt sich durch das Wahlergebnis nicht stören, er will nach Sachsen, nach Bayern und noch weiter reisen, um dort ganz offiziell über die reaktionären Verfassungspläne zu verhandeln, die bei solcher Gelegenheit unter der Firma Reichsreform gehen.

Herr v. Papen wünscht bei dieser Gelegenheit mit der ganzen Autorität des Reichskanzlers einer autoritären Regierung aufzutreten. Seine Freunde sagen: mit dem Reichstag ist leicht fertig zu werden. Aber die Geste der Nichtachtung gegenüber dem Wahlergebnis, die in dieser Reise liegt, kann das Urteil des Volkes nicht aus der Welt schaffen, und wenn die Ministerpräsidenten der Länder Aufrichtigkeit über Höflichkeit stellen, so müssen sie Herrn v. Papen begrüßen mit den Worten: „Herr Reichskanzler, wo ist ihr Mandat?“

Das Kabinett der Barone hat zunächst Herrn v. Persner auf Geschäftsreisen mit neuen Verfassungsplänen nach Süddeutschland geschickt, aber die Hoffnungen der Auftraggeber sind nicht in Erfüllung gegangen. Nun reist der Chef selber. Die süddeutschen Länder aber stehen den Berliner Projekten mit Reserve und Mißtrauen gegenüber. Sie haben den Verdacht, daß der Schatten einer Bittelhaube über die süddeutsche Demokratie fallen soll, und sind daher bestrebt, sich untereinander zu verständigen. Am Mittwoch sind die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen und Hessen in Würzburg zu gemeinsamen Besprechungen über die Frage der Reichsreform zusammengetreten. Die „Reichsreform“ beginnt also damit, daß sich ein süddeutscher Block herausbildet, daß ein Dua-

lismus zwischen Süddeutschland und dem vom Kabinett der Barone beherrschten Norddeutschland öffentlich sichtbar wird!

Herr v. Papen kann diesen Dualismus auf die Leporelloliste seiner glänzenden politischen Erfolge schreiben! Sie wünschen dringend, daß diese Liste damit abgeschlossen ist! Herr v. Papen scheint allerdings in der guten Hoffnung zu leben, daß er noch lange und eifrig an ihrer Verlängerung arbeiten könne! Sein Kabinett aber ist innerlich

morsch. Es tracht in allen Fugen, Schlotbarone und Krautjunker berechnen es von beiden Seiten her mit dem Schlagtruf: die Kontingentierung, die Export. Der Ansturm aller großen Parteien gegen den Kanzler, der sich an seinem Sessel festklammert, wächst von Tag zu Tag.

Aber der Chef des Kabinetts der Barone reist! Gut! Dann kann er bei dieser Gelegenheit gleich seine Abschiedsbesuche abtun!

Rundfunk und Preußenkabinett

Eingreifen der rechtmäßigen Regierung

Die Vertretung der preussischen Staatsregierung bei der Beratung der Rundfunkrichtlinien im Reichsrat liegt nunmehr bei dem Vertreter der preussischen Staatsregierung, Ministerialdirektor Dr. Brecht. Das preussische Kabinett hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun einen Vortrag des Sachbearbeiters, des preussischen Staatskommissars für den Rundfunk, Ministerialrat Dr. Strunden, entgegengenommen und danach Beschlüsse für die weitere Behandlung der Frage im Reichsrat gefaßt. Die preussische Staatsregierung ist im besonderen bestrebt, eine enge Verbindung mit den übrigen Ländern aufrechtzuerhalten.

Es ist anzunehmen, daß vor der Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag für die preussische Staatsregierung eine Erklärung abgegeben wird.

Schacht hofft

Er läßt Luther angreifen

Während das Kabinett der Barone von außen heftig bestürmt wird, tracht es im innern. Die Gegensätze in der Frage der Kontin-

gentierung sind unverwundlich, der Widerstand, den Neurath, Warmbold, Luther, Popitz den agrarischen Forderungen entgegensetzen, ist nicht zu besiegen. Die Herren von Schlot und Halm befehlen einander auf das heftigste, und das Kabinett ist innerlich zerrissen.

Die „Tägliche Rundschau“ ergreift in dieser Situation Partei gegen Luther. Sie hält dem Reichsbankpräsidenten vor, daß er im März anders über die Kontingentierung gedacht habe als im Oktober, und sie schließt ihren Angriff mit den Worten:

„Mit der Umbildung des Kabinetts wird nunmehr auch die Frage der Bezeichnung des Postens des Reichsbankpräsidenten aktuell.“

Seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf, daß hinter der „Täglichen Rundschau“ als Gönner und politischer Inspirator Herr Schacht stehe. Stimmt dies, so kann man schließen, daß Herr Schacht darauf spekuliert, bei der bevorstehenden „Umbildung des Kabinetts“ Reichsbankpräsident zu werden.

Ein Schrei aus tieffter Not

Entsetzliches Elend einer Industriegemeinde

Aus der Gemeinde Stockheim in Oberfranken erhalten wir eine erschütternde Zuschrift, die die Not der kleinen Industriegemeinde schildert. Diese Zuschrift lautet:

„Die Gemeinde Stockheim hat über ein Menschenalter lang für ihre Einwohner Arbeit und Brot schaffen können. Selbst aus dem Frankenwald und aus Thüringen fanden Arbeiter dort Erwerb und Lebensunterhalt. Die Krise hielt sehr früh ihren Einzug in Stockheim. Zunächst wurden die Puppenfabriken stillgelegt. Dann wurde im Jahre 1926 das Bergwerk in Stockheim aufgelassen. 300 Bergleute wurden arbeitslos; sie sind inzwischen längst ausgesteuert. Der Gemeinderat ließ Notstandsarbeiten in Angriff nehmen. Es gelang ihm, das Los der Erwerbslosen einigermaßen erträglich zu gestalten. Indessen mußte die Gemeinde dazu hohe Darlehen aufnehmen, deren Verzinsung ihr nun schwerste Sorgen bereitet.

Im März 1930 wurde die Glasfabrik in Stockheim stillgelegt. Sie hatte 250 Arbeiter beschäftigt. Damit waren die letzten Einnahmequellen verschwunden. Im April 1931 schieden auch diese Arbeiter aus der Aka und Aka aus. Die Summe zur Unterstützung der Ausgesteuerten stieg auf monatlich 4000 Mark. Der Gemeinderat führte sämtliche Notsteuern ein. Er wandte

sich um Unterstützung an die Landesbehörden. Durch das Eingreifen von Landtagsabgeordneten der Sozialdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei gelang es ihm, die nötigen Zuschüsse zu erhalten.

Das hatte ein Ende, seitdem die Verordnung der Regierung Papen vom 4. September 1932 in Kraft getreten ist. Die Gemeinde erhält nur ein Viertel des zur Unterstützung notwendigen Betrages zugewiesen. Ihre eigenen Finanzquellen sind restlos ausgeschöpft.

Von 980 Einwohnern der Gemeinde sind 108 Wohlfahrtsempfänger. Insgesamt müssen 374 Personen von der Ortsfürsorge unterhalten werden. 107 Personen beziehen noch Aka und Aka, und 203 Personen leben von Kriegs-, Invaliden- und Unfallrenten. Nur zwei Siebtel der Bevölkerung können ihren Unterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten.

Ueber die Gemeinde ist entsetzliche Not hereingebrochen. Wohlfahrtsempfänger mit ihren Familien konnten wochenlang überhaupt keine Unterstützung erhalten. In den letzten Wochen mußten sie sich mit einer Unterstützung von 4 Mark, 2 Mark, ja, einer Mark wöchentlich begnügen!

In den ersten Wochen war es ihnen noch möglich, in der Umgebung ein Stück Brot und Milch für ihre Säuglinge zu erbetteln. Aber auch das

ist jetzt kaum mehr möglich, denn der Frankenwaldbauer mit seinem unfruchtbaren Boden kann selbst kaum mehr weiter.

Brot haben viele Familien wochenlang nicht gesehen, für die Säuglinge fehlt es an Milch; Kartoffeln und Salz sind die einzige Nahrung der Unglücklichen.

Die Kinder der Rotleidenden sind unterernährt, sie schwinden dahin. Auch an den Erwachsenen zeigen sich die Folgen des Hungers. Nun zum Winter kommt noch der Mangel an Kleidung hinzu. Alle von der Gemeindevertretung und dem Erwerbslosenausschuß unternommenen Schritte waren erfolglos. Die seelischen und materiellen Qualen der Erwerbslosen sind ins Unerträgliche gestiegen. Wiederholt sind die Landtagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei beim Staatsministerium vorstellig geworden. Aber sie konnten nichts erreichen, da auf dem Lande die nötigen Mittel fehlen. Helft uns, damit unsere unerträgliche Notlage sich nicht in allgemeines Siechtum verwandelt!

Dies Bild erschütternder Not steht nicht allein. So geht es vielen kleinen Industriegemeinden in Deutschland. Die Not wohnt nicht nur in den großen Städten, sie wohnt überall. So kann, so darf es nicht weitergehen!

schen Demokratie und vor allem gegen die deutschen Arbeiter und Sozialisten zu schleudern. Das ändert jedoch nichts an der geschichtlichen Tatsache, daß es sozialdemokratische Arbeiter waren, die aus dem Trümmerhaufen des alten zusammengebrochenen Deutschland einen Staat zurechtzimmerten, in dem zum erstenmal auf deutschem Boden die Grundzüge der großen bürgerlichen Revolutionen Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung des Volkes Geltung erlangten, und in dem gleichzeitig die Ansätze geschaffen wurden für ein neues soziales Recht, für eine freie kollektive Selbstbetätigung der Arbeiterklasse, für eine weitgehende soziale Gesetzgebung, die den Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt steigern und ihre Stellung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung günstiger gestalten soll. Freilich blieben diese Errungenschaften hinter den Erwartungen zurück, die in sozialistischen Kreisen in der ersten verheißungsvollen Periode der Revolution gehegt wurden. Hier bewahrheitete sich aber in schlagender Weise der Satz, den unser Altmeister Karl Kautsky schon 1902 in seinen Vorträgen in Amsterdam und später in seiner Broschüre über die soziale Revolution geprägt hatte: Daß eine Revolution die aus einem kriegerischen Zusammenbruch entsteht, so stark mit anderen ihr fernliegenden Dingen belastet ist, daß sie ihre ursprünglichen Ziele nur in sehr beschränktem Maße zu verwirklichen vermag.

Doch was in der besonderen geschichtlichen Situation Deutschlands verwirklicht werden konnte, ist von der deutschen Sozialdemokratie und den mit ihr in einer Front marschierenden freien Gewerkschaften unter dem Aufgebot all ihrer Kraft in den Jahren nach der Revolution vollbracht worden. Eine Verfassung wurde geschaffen, die, auf demokratischen Grundgesetzen aufgebaut, das Fundament für die politische Freiheit und für die Entfaltung der Volkssouveränität in Reich, Ländern und Gemeinden bildete. Die Verwaltung wurde demokratisiert, die Sozialgesetzgebung ausgebaut, Kulturarbeit und Sozialhygiene auf allen Gebieten gefördert, der Anteil der öffentlichen Wirtschaft an der Gesamtwirtschaft vergrößert. Auf außenpolitischem Gebiet wurde mit Erfolg daran gearbeitet, die Härten des Versailler Vertrages zu mildern, die politische Isolierung Deutschlands zu überwinden,

die Atmosphäre des Mißtrauens gegen Deutschland zu zerstreuen

und durch Eintritt in den Völkerbund Anschluß an die großen Mächtegruppen zu erlangen. Dieser allmähliche Aufstieg währte etwa bis zum Jahre 1929/1930 und sein Endergebnis war, daß man von einem Durchbruch des proletarischen Deutschlands zur demokratischen Freiheit und zum schöpferischen sozialistischen Aufbau sprechen konnte. Trotz vieler Schattenseiten unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, die für einen Sozialisten nicht überraschend sind, der die Bedingtheit des politischen und sozialen Fortschrittes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kennt, konnte man doch mit Genugtuung feststellen, daß der politische Einfluß der Arbeiterklasse in der inneren und äußeren Politik zunahm, daß die Lebenshaltung der breitesten Schichten der Arbeiterschaft sich gebessert hatte, daß der Anteil des Proletariats an den Kulturgütern und seine eigene kulturelle Leistung sich steigerte, und daß in der zunehmenden Selbstständigkeit und Selbstverwaltung der proletarischen Massen im Rahmen des demokratischen Staates die Fundamente für ihren Aufstieg zur politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus gelegt wurden.

In dieser Entwicklungslinie ist in den letzten Jahren, und namentlich seit dem Frühjahr dieses Jahres,

ein empfindlicher Rückschlag

eingetreten. Die Weltwirtschaftskrise, die sich besonders verheerend in Deutschland auswirkte, die ungeheuren Zahlen der Arbeitslosigkeit als Folge der Fehlberechnungen und der Schleudervirtschaft des deutschen Kapitalismus, die Vernichtung vieler Millionen selbständiger Existenzen, die ungelöste Reparationsfrage und der Druck des Weltkapitalismus, — alle diese Dinge haben jene tiefgreifenden Umschichtungen im deutschen Gesellschaftskörper und jene Verschärfung der politischen Spannungen gezeitigt, die zur Lahmlegung des deutschen Parlamentarismus, zum Aufstieg des nationalsozialistischen Faschismus und zur nur notdürftig verhüllten Diktatur der Junker- und Militärfürsten geführt haben. Hier bestätigt sich erneut, daß der Spätkapitalismus, in dem wir leben, nicht mehr in der Lage ist, die Existenz der von ihm beherrschten Wirtschaftssysteme und die Lebenshaltung der von ihm zu Lohnsklaven degradierten Volksmassen sicherzustellen. National und international verstrickt er sich in die unlösbarsten Widersprüche, er torkelt von Krise zu Krise und vermag nur notdürftig in den kurzen Perioden einer günstigeren Konjunktur seine Unfähigkeit zu verhehlen, den allgemeinen Bedürfnissen der Wirtschaft und der Gesellschaft gerecht zu werden. In dieser Situation ist es nur die sozialistische Arbeiterklasse, die den unterdrückten und gepeinigten Volksmassen den Weg aus dem kapitalistischen Chaos weist.

Auch diejenigen, die heute falschen Propheten nachlaufen und einem nationalen Scheinsozialismus huldigen, werden früher oder später einsehen müssen, daß es keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Krise gibt als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Beseligung

Zuchthaus in Bommern

Urteile gegen Arbeiter, die sich gegen SA. wehrten!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stralsund, 9. November.

Die ungeheuerlichen Strafanträge des Oberstaatsanwalts Dr. Wandersleben im Greifswalder Prozeß sind am Dienstagmorgen durch das unter größter Spannung gefällte Urteil des Schwurgerichts verwirklicht worden. Fünf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt, fünf erhielten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1½ Jahren, sieben wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte bei den zu Zuchthaus bestraften Angeklagten wegen vorsätzlicher Tötung, bei den anderen hielt das Gericht schweren Landfriedensbruch für gegeben. Die Verurteilten sind sämtlich Arbeiter und gehören, soweit sie politisch organisiert sind, der kommunistischen Partei an.

In kurzer Zeit werden sich 13 Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht zu

verantworten haben. Die Anklage erfolgte wegen mehrerer Zusammenstöße, die sich am gleichen Tage ereigneten wie die blutigen Zwischenfälle, die dem jetzt zu Ende geführten Prozeß zugrunde lagen.

Wieder Bombenleger

Ein Nazimann gefaßt

Kiel, 9. November.

Heute morgen ist vor dem Gerichtsgang in Kiel ein nationalsozialistischer Bombenanschlag verübt worden. Eine Polizeistreife konnte einen Nationalsozialisten festnehmen, der sich gerade von einer von ihm gelegten Bombe entfernen wollte. Der Sprengstoffbehälter, der unmittelbar vor den Beamtenwohnungen niedergelegt worden war, würde nach Ansicht der Polizei bei einer Explosion furchtbare Verwüstungen angerichtet haben. Der Täter ist verhaftet.

Der Bäckling

Eine deutsche Spezialität

London, 9. November.

Den englischen Unterhausabgeordneten wurden im Wirtschaftsraum des Unterhauses 50 deutsche Bäcklinge vorgeführt. Der Fischereidirektor des Bezirks Lowestoft hat sie eingekauft, um der englischen Volksvertretung „ein neues Verfahren“ zu zeigen, wie man Heringe so lange räuchert, bis sie gar sind und Bäckling genannt werden.

Naziverrat an Südtirol

Sie werden auch noch frech!

Am faschistischen Zehnjahrestag des Marsches auf Rom haben reichsdeutsche Hitler-Beute in Uniform an der Faschistenfeier in dem getnehteten deutschen Bozen teilgenommen — an jenem Denkmal für den „Sieg“ Italiens, das als Höhepunkt für das verfluchte Südtirol von allen Deutschen peinlich gemieden wird.

Diese Schmach hat der frühere Abgeordnete Dr. Reut-Nicolussi in einer Innsbrucker Rundgebung nach Gebühr gegeißelt.

Dafür rächten sich die Pgs. der Volksverräter:

der veralteten Eigentumsordnung; daß kein anderes Mittel gegen die sozialen Nöte der Gegenwart vorhanden ist als der Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Entrechteten und die Eroberung der politischen Macht zur Durchführung einer grundlegenden sozialen Umgestaltung; daß kein Gott und kein König die Millionen der Werktätigen aus der jetzigen Verstrickung in unerhörte Widersprüche befreien kann, sondern daß nur die Selbsttätigkeit des organisierten Proletariats, sein Glieden-

Als Dr. Reut-Nicolussi seine nächste Vorlesung als Dozent an der Innsbrucker Universität hielt, trawallierten Hakenkreuzler derart, daß die Vorlesung schließlich abgebrochen werden mußte. Zahlreiche Studenten hatten auf den Radai mit lebhaften Sympathieumgebungen für den Dozenten geantwortet.

Deutschösterreichs Fest

Der Staatsgründungstag

Früher als im Deutschen Reich war 1918 die Monarchie in Österreich zusammengebrochen. Die Loslösung der tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober war das Ende Habsburgs. Der 1911 gewählte Reichsrat löste sich auf. Die Abgeordneten der deutschen Alpen- und Sudetenländer bildeten den Staatsrat Deutschösterreichs. Todtrank schon, bestimmte Viktor Adler, der Führer der Sozialdemokratie und nun Staatssekretär des Neuen, das Parlament, die Republik zu beschließen. Am 12. November — Viktor Adler hatte eben ausgesitten — wurde vor allem Volk auf der Ringstraße die neue Verfassung feierlich verkündet. Ihr erster Satz lautete:

Deutschösterreich ist ein Glied der deutschen Republik.

Das Gebot der Siegermächte strich diesen Satz.

der Freiheitswille, seine soziale Schöpfungskraft, sein Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit menschonwürdige Zustände, neue, bessere Formen des menschlichen Zusammenlebens in dieser Welt des Elends, der Unfreiheit, der Ungerechtigkeit und der Ausbeutung zu schaffen vermögen.

In diesem Zeichen kämpft auch heute die millionenstarke Armee der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und der zahlreichen Kulturorganisationen gegen die Reaktion in Deutschland. Denen, die heute an der Macht

entfernte die Silbe „deutsch“ aus dem Staatsnamen, sich weite Gebiete weg, lieferte Deutsch-Südtirol ohne Volksabstimmung und ohne Rinderheutenkung der italienischen Fremdherrschaft aus.

Die ersten zwei Jahre stand die junge Republik stark unter sozialistischem Einfluß. Die sozialpolitische Gesetzgebung wurde unter Ferdinand Hanusch' Leitung vielfach vorbildlich für andere Länder. Was die Sozialdemokratie in Wien und anderen von ihr verwalteten Gemeinden geleistet hat, ist weitbekannt. 43 Prozent der abgegebenen Stimmen im Bundesstaat, 67 in Wien hat die Sozialdemokratie in sicherem Besitz. Spaltungsversuche sind stets gescheitert. Der Heimwehrschießmus konnte nur durch brutalsten Unternehmerruck hungernde Arbeitslose in seine Reihen pressen, das Nazitum verbreitete sich ausschließlich auf Kosten des Heimwehrrückgangs und der Bürgerblockparteien. Kommunistische Kandidaturen erreichten — wie auch soeben in Borsberg — kein Mandat, bringen nur die Sozialdemokratie zur Freude der Bourgeoisie und ihrer Hahnenschwanz- und Hakenkreuzsaboten um einen Landtagsitz.

Von der Staatsregierung ausgeschaltet, nan den Organen des reaktionären Regimes durch schonungsvolle Duldung faschistischer Lieberfälle, durch traurige einseitige Waffenhilfe, durch aufreizende Parteijustiz verfolgt, hat die Sozialdemokratie sich den Willen erhalten und die Kraft geschaffen, der Arbeiterklasse die lebensnotwendige Freiheit des legalen Kampfes um ihre Befreiung zu sichern; ihre Anknüpfung, am 12. November wie alle Jahre zu marschieren, hat die Aufhebung des Demonstrationverbots für diesen Tag erzwungen. Sie marschiert heute in Wien für die Demokratie — sie marschiert entschlossen zum Sozialismus.

Belgien sucht Geld

Bisher vergeblich

Brüssel, 9. November.

Der belgische Ministerpräsident de Broqueville hat dieser Tage in Paris mit Herriot verhandelt. Wie aus guter Quelle verlautet, hat de Broqueville in Paris versucht, eine Anleihe von 1½ Milliarden Franken auszureiben. Der leitende belgische Finanzmann Francqui hat sich in voriger Woche in Paris um eine derartige Anleihe vergeblich bemüht. Die französischen Banken sind aber wenig zugänglich, zumal der belgische Schuldner seit 1930 fünf Milliarden verschlungen hat.

Vermutlich wird Frankreich, wie üblich, die Gewährung der Anleihe von politischen Bedingungen abhängig machen, insbesondere von einem engeren Zusammenrücken der beiden Generalstäbe, gegen das große Teile der belgischen Öffentlichkeit schärfsten Einspruch erheben. Allerdings ist gerade der jetzige Ministerpräsident de Broqueville stets für eine enge Anlehnung an Belgien, auch auf militärischem Gebiet, eingetreten.

sind, denen, die glauben, uns um ein Jahrhundert in die Zeiten Metternichs zurückwerfen zu können, rufen wir die Worte Ferdinand Freiligraths aus seinem Truglied „Troy alledem“ vom Juni 1848 zu:

Nur was zerfällt, vertritt ihr
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht —
Unser die Welt trotz alledem!

Gefahr für die Jugend!

Notverordnung über Fürsorgeerziehung

Die längst angekündigte Notverordnung zur Fürsorgeerziehung, gegen die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Arbeiterwohlfahrt schon seit Monaten Stellung genommen haben, ist nun doch erschienen. Sie enthält keine Bestimmungen über das Arbeitshaus, aber was sie enthält, ist schlimm genug.

Bisher war geltendes Recht, daß Minderjährige, deren Eltern das Personensorgerecht entzogen ist, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden durften, wenn die Aufwendung besonderer Mittel für die Erziehung bei anderweitiger Unterbringung notwendig war. Nach der Notverordnung können diese Jugendlichen zur Verhütung der Verwahrlosung, wenn anderweitige Unterbringung erforderlich ist, aber ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel nicht erfolgen kann, der Fürsorgeerziehung überwiesen werden. Das gilt nicht für körperliche Verwahrlosung.

Bisher war also für Minderjährige dieser Art das Jugendamt zuständig, das konfessionell neutral ist. Jetzt werden sie der konfessionellen Fürsorgeerziehung überwiesen. Das Jugendamt hatte für diese Kinder Kindererziehungshilfen, Fürsorgeeinrichtungen aller Art. Die Fürsorgeerziehungsbehörde bringt sie in Anstalten oder in Familien unter, bei denen sie nur gelegentlich die Erziehung überwachen kann.

ersten Verfahren. Der Lagerverwalter Fischer hatte früher ausgesagt, daß Bullerjahn sich in auffälliger Weise nach versteckten Sachen in den Ecken erkundigt habe. Heute jagt Fischer aus, daß Bullerjahn ja genau Bescheid gewußt habe, daß aber Herr von Gontard die Angewohnheit hatte, genau in die Ecken zu sehen, und daß Bullerjahn deswegen habe für Ordnung sorgen wollen.

Der Umstand, daß ein französischer Offizier einen Schrank mit bestimmter Nummer habe öffnen lassen, wird von Fischer wie von dem Oberstleutnant Düring als üblich und harmlos zu erklären bezeichnet. Der Zeuge Fischer gab ferner zu, daß drohende Äußerungen Bullerjahns in der Form gefallen sein könnten, wie sie Bullerjahn heute selbst anstellte. Es wurde ferner festgestellt, daß außer Bullerjahn noch eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten Kenntnis von dem geheimzuhaltenden Material hatte.

Geständnis nach der Wahl Nazimilchwirtschaft in Mecklenburg

Der nationalsozialistische Ministerpräsident Granzow von Mecklenburg-Schwerin, der Schwager von Goebbels, hat vor der Wahl den Mecklenburgischen Landtag schonend darauf vorbereitet, daß das Defizit etwa 3,6 Millionen Mark betragen werde. Diese Mitteilung war eine Schönfärberei, denn die nationalsozialistische Wirtschaft hat das Land Mecklenburg-Schwerin in eine schwere Finanzkrise gebracht.

Drei Tage nach der Wahl hat nun der Razi-fractionsführer Hildebrandt im Landtag mitgeteilt, daß das Defizit 6,6 Millionen Mark betragen werde, also fast noch einmal so viel, wie der Razi-ministerpräsident vor der Wahl zugegeben hatte. Außerdem wird jetzt zugegeben, daß die Razi-regierung die Schlichtsteuer einzuführen gedenkt und die Beamtengehälter kürzen will! Diese Pläne sind das Eingeständnis der Mißwirtschaft. Sie sind wohlweislich bis nach der Wahl zurückgehalten worden.

Wenn in Mecklenburg am nächsten Sonntag noch einmal gewählt werden würde, so würden den Nationalsozialisten noch einmal soviel Wähler davonlaufen, wie ihnen in Mecklenburg am vergangenen Sonntag davongelaufen sind!

Nun auch in Dänemark! Am Højser-Platz in Kopenhagen wurde bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und jungen Sozialdemokraten der 20jährige Sozialdemokrat Werner Rielsen von den Kommunisten erschlagen.

Umfang des Roosevelt-Sieges

Stimmenverhältnis 15:11 / Wahlmännerverhältnis 8:1

New York, 9. November.

Nach den neuesten Zählungen sind für Roosevelt 14 627 445 Stimmen und für Hoover 10 704 719 Stimmen abgegeben worden. Von den 531 Wahlmännernstimmen erhielten Roosevelt 472 und Hoover 59. Nicht wie ursprünglich bekanntgegeben wurde 78.

Der Vergleich zwischen den Wählerstimmen und den Wahlmännerstimmen, die die beiden Kandidaten erhalten haben, ist ein neuer klassischer Beweis für die Ungerechtigkeit jedes Wahlsystems ohne Proporz. Etwa 15 Millionen Wählerstimmen und 472 Wahlmänner für Roosevelt, fast 11 Millionen Wählerstimmen, aber nur 59 Wahlmänner für Hoover — das Mißverhältnis ist offensichtlich. Allerdings würde in diesem Falle auch eine proportionale Zusammensetzung des Wahlmännertkollegiums an der absoluten Mehrheit für Roosevelt nichts ändern. Aber die Gegenüberstellung von 42 Staaten die eine Mehrheit für die Demokraten erbracht haben, und der sechs Staaten, die Hoover treu geblieben sind, ist insofern irreführend, als sie nicht erkennen läßt, daß die Republikaner nach wie vor eine sehr starke Partei sind und daß das wirkliche Kräfteverhältnis lautet 15:11.

Die späteren Meldungen heben auch den starken Zuwachs der sozialistischen Stimmen hervor. Vor vier Jahren noch nur etwa eine Viertelmillion, jetzt 1 1/2 Millionen, der Vormarsch ist beträchtlich; besonders wenn man bedenkt, daß nur solche Wähler für Norman Thomas ihre Stimmen abgeben konnten, die aus reiner sozialistischer Überzeugung und mit dem Bewußtsein handelten, daß sie damit auf einen direkten Einfluß auf die Entscheidung verzichteten. New-Yorker Korrespondenten bürgerlicher Blätter betonen dabei ausdrücklich, daß die Stimmenzahl für Thomas noch viel größer gewesen wäre, wenn nicht die Erbitterung gegen

Altes Volkslied

v. Papen: Die Regierung hält die Arme weit geöffnet...



Und sie lacht schon und spitzt's Mäulchen,
Und sie ziert sich noch ein Weilchen
Und dann küßt sie den Franz...

Kabinett und Parteien Um Papens Rücktritt

Meldung der „Telegraphen-Union“

Das Reichskabinett trat am Mittwoch zum ersten Male nach den Reichstagswahlen zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Zunächst hielt in der Kabinettsitzung der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht Vorträge. Auf Grund seiner Ausführungen wurde beschlossen, die Arbeitsdienstlager auch den Winter hindurch offen zu halten. Sodann wurde eingehend die politische Lage besprochen. Es wurde allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine nationale Konzentration wünschenswert sei.

Wie verlautet, dürfte der Kanzler zu diesem Zwecke im Laufe der nächsten Tage die Parteiführer empfangen, um sie über diese Ansicht zu informieren.

Ein Rücktritt des Kabinetts oder von Teilen des Kabinetts kommt jedoch nicht in

Frage. Nach den neueren Entwicklungen der Dinge ist es auch unwahrscheinlich, daß der Landwirtschaftsminister Treibner von Braun zurücktreten wird, da in der Kontingentsfrage eine Lösung auf dem Wege ist, die voraussichtlich alle beteiligten Parteien zufriedenstellen dürfte.

Die weitere Entwicklung der Dinge dürfte nunmehr die sein, daß das Kabinett seine weiteren Beschlüsse davon abhängig macht, ob es den Parteien gelingt, ein Programm und ein Kabinett der nationalen Konzentration von sich aus zu bilden. Erst wenn dies gelungen ist, dürfte die Frage eines Rücktritts überhaupt erörtert werden.

Arbeiter und Nation

Oder: Zweierlei Maß

Die kommunistische Presse ist in den letzten Wochen wiederholt wütend über Leipart hergefallen, weil er sich in seiner Rede in Bernau zur Nation bekannt hat. Die kommunistische Presse, die sich gerade jetzt in nationalistischen Tiraden überschlägt und behauptet, sie allein kämpfe gegen Versailles, tut so, als ob dieses Bekenntnis für einen sozialdemokratischen Arbeiterführer etwas Neues und Ungewöhnliches wäre.

Wir empfehlen den Kommunisten, in dem Buche von Arthur Rosenberg: „Geschichte des Bolschewismus“, nachzulesen, wie Lenin sich über das Nationalgefühl der Klassenbewußten Arbeitererschaft geäußert hat: „Ist uns, den großrussischen, Klassenbewußten Proletariern, das Gefühl nationalen Stolzes fremd? Gewiß nicht. Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat... Wir sind von Nationalstolz erfüllt und... wollen durchaus ein freies und unabhängiges, selbständiges, demokratisches, republikanisches und stolzes Großrußland.“ So Lenin im Dezember 1914. (Rosenberg: „Geschichte des Bolschewismus“, S. 52.)

Republikanischer Reichsbund. Zu Vorsitzenden des Deutschen Republikanischen Reichsbundes sind gewählt worden: Staatssekretär A. Begg, Polizeioberkommandeur Heimannsberg und Reichstagsabgeordneter Kurt Heilig.

Die Gattin Stalins, Nadejda Sergejewna Allilujewa, ist gestern in Moskau gestorben. Sie war Stalins zweite Frau. Aus der ersten Ehe Stalins leben zwei erwachsene Kinder, aus der zweiten Ehe ist ein achtjähriger Sohn hervorgegangen.

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name:

Wohnung:

Achtung!

Erweitertes Bezirksvorstand!

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Freitag, dem 11. November, pünktlich 19 Uhr, im Sitzungssaal der Wohlfahrtschule, Lindenstr. 3, II. Hof 3 Treppen. (Diesmal nicht im Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin.)

Wir bitten um bestimmtes und pünktliches Erscheinen. Der Bezirksvorstand.

Dabei wird die Fürsorgeerziehung in unübersehbarer Weise ausgedehnt. Denn Städte und Landkreise, die Träger der Jugendämter, sind in solcher Finanznot, daß sie in allen Fällen, in denen sie Aufwendungen für diese Minderjährigen haben, Verwahrlosung ankündigen und Fürsorgeerziehung beantragen.

Das Ende der Fürsorgeerziehung tritt nicht mehr bei der Volljährigkeit, sondern mit Vollendung des 19. Lebensjahres ein. Bisher war die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung wegen Unausführbarkeit aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen liegen, nicht möglich, weil ein Bewährungsgebot nicht bestand. Jetzt kann nach Anhörung des Jugendamts entlassen werden wegen Unausführbarkeit der Fürsorgeerziehung aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen liegen, wenn die Fürsorgeerziehung mindestens ein Jahr gedauert hat, außerdem, wenn der Minderjährige an erheblichen geistigen oder seelischen Regelwidrigkeiten leidet.

Sparmaßnahme? Jetzt, wo durch Fehlen von Arbeit die Verwahrlosungsgefahr für Jugendliche größer ist als je, wo den Jugendämtern das Geld fehlt, neue schwere Aufgaben zu übernehmen, Jugendliche mit 19 Jahren zu entlassen, Unerziehbare auf die Straße zu schicken, wird den Staat schließlich sehr viel mehr kosten, als hier je geplant werden kann!

Was soll noch der kostspielige Apparat der Fürsorgeerziehung, wenn Leichtereziehbare übernommen, Schwerereziehbare auf die Straße gesetzt werden? Wir sind damit einverstanden, daß die Jugendämter die Erziehungsarbeit übernehmen, aber dann für alle und nach Ueberweisung von Geldmitteln an die Gemeinden. Was mit dieser Notverordnung gemacht wird, ist Schutz für die Fürsorgeerziehungsbehörden und die Fürsorgeerziehungsanstalten und Gefahr für die Jugend.

Der Prozeß Bullerjahn

Günstige Aussagen für Bullerjahn

Bei der Fortsetzung der Zeugenvernehmung wurde das allgemeine Verhalten Bullerjahns und sein Verhalten während der Revision durch die Militärkommission erörtert. Dabei ergab sich, daß mehrere Zeugenaussagen in ganz anderer Form herauskamen als im

Künstlertheater

Zilayah: „Die Nacht zum 17. April“

Das Künstlertheater, im Wellengang der Krise aus den Händen Dr. Roberts in die Hände der Rotter hinübergeschlagen, spielt einen amüsanten Kriminalreißer. Leopoldine Konstantin ist die Heldin, die eingestekt, den Mord aus Liebessperre begangen zu haben, und sie hat doch nicht gemordet. Die Lösung des Geheimnisses geschah unter Tränen und das Publikum weinte mit. Ob das berechtigt ist, muß untersucht werden. M. S.

Eine Gemeinde stellt sich um

Arbeitslose Handwerker erhalten Obstland

Nach fast dreijährigem Bemühen ist es nunmehr der Gemeinde Caputh gelungen, rund 260 Morgen für die notwendig gewordenen Erweiterung der Obstkulturen zu erlangen. Der Forstfiskus hat das gewünschte Terrain Waldboden pachtweise zur Verfügung gestellt. Dabei sind die Forderungen der Naturschutzfreunde berücksichtigt worden, die dahin gingen, daß in unmittelbarer Nähe des Schwielowsees kein Wald geschlagen werden darf. Die Caputher hoffen allerdings, daß die Berliner Naturschutzfreunde jetzt so zahlreich in ihr Dorf kommen, wie sie seinerzeit hartnäckig um den Bestand der Bäume gekämpft haben.

Der „Vorwärts“ hatte im Frühjahr eingehend über die Not Capuths berichtet und dabei nachhaltig die Wünsche der Caputher unterstützt. Denn diesem Obstdorf an der Havel geht es schlecht. Von seinen 3500 Einwohnern sind etwa die Hälfte arbeitslos. Allein an Wohlfahrtslasten muß die kleine Gemeinde jährlich 90 000 Mark aufbringen, und woher das Geld nehmen, wenn halb Caputh auf dem Arbeitsamt sitzt. Denn Caputh ist nämlich keine reine Obstzüchtergemeinde, sondern es wird vornehmlich von Bauhandwerkern bebaut, die sich hier angesiedelt haben, längst bevor die

Siedlung zum Rodeschlagmört wurde. Diese Handwerker werden auf absehbare Zeit keine Arbeit finden. Früher fuhren sie frühmorgens zwischen 4 und 5 Uhr nach Berlin zur Arbeit, heute ist ihnen Berlin völlig verschlossen, da Berlin erst einmal seine eigenen Arbeitslosen unterbringt, wenn es überhaupt Arbeit zu vergeben hat. Nun sind aber 400 Caputher Einwohner nebenberuflich Obstzüchter.

An diese Tatsache konnte man anknüpfen. Allerdings ist der Boden in Caputh rarer als anderswo: die Pachtgebühren sind demnach überhöht, daß die Caputher Obstzüchter in jedem Jahr etwa 35 000 Mark an Pachten aufbringen müssen, werden doch pro Morgen bis zu 80 Mark Pacht verlangt. Hierbei muß natürlich schließlich aller Obstbau unrentabel werden, zumal die alten fünfzigjährigen Obstkulturen auch nicht mehr die besten Ernten liefern. Nunmehr hat der Staat 260 Morgen Wald zur Verfügung gestellt. Bei der Vielzahl der landhungrigen Bemerber ist das nicht allzuviel, besonders da jeder höchstens 2 Morgen bekommt. Meist wird es so sein, daß Züchter, die gegenwärtig etwa einen halben Morgen besitzen, noch einen Morgen dazu pachten können. Die Pachtlustigen müssen eine Genossenschaft gründen, da der Fiskus nur

mit einem Generalpächter Vertrag machen will, und das ist die Hauptsache: vorerst wird die Pacht pro Morgen etwa 10 Mark betragen, steigend in zehn Jahren bis auf etwa 30 Mark; der ganze großzügig eingeleitete Umstellungsplan Capuths verurteilt also den einzelnen nicht von vornherein zum Scheitern. Mit dem Holzschlag wird demnächst begonnen, da augenblicklich die Holzpreise im Ansteigen sind. Dann muß der Boden rigolt und die Säulnis beseitigt werden. Während dieser Rodungsarbeiten zahlt Caputh selbstverständlich die üblichen Unterstufungssätze weiter.

Inzwischen hat Amtsvorsteher Genosse Sydow beim Arbeitsamt Potsdam-Rowwames beantragt, im bevorstehenden Winter besonders die Umschulung der Jugendlichen fortzusetzen. Es sollen diesmal nämlich 25 Mann aus dem Lager Caputh des Freiwilligen Arbeitsdienstes nach Werder auf die Obstbauschule geschickt werden. Dieses Arbeitslager umfaßt jetzt 45 Jugendliche, die mit der Rugharmachung von Dedland, Errichtung einer Stipprungschanze, einer Wochenendkolonie und eines Uferweges längs der Havel beschäftigt werden. 20 Mann sollen im Winter in Caputh beim Schlag von Stangenholz bleiben und die anderen 25 sollen nach Werder auf die Schule.

der undantbaren Aufgabe, aus ungünstiger Position heraus den Kampf für unsere Ziele fortzusetzen. Trotzdem ist zu trüben Gedanken kein Anlaß. Kaum ist der Wahlkampf beendet, da hören wir schon aus Lübeck und aus Sachsen von geradezu glänzend verlaufenen Kampferfahrungen. Und in dieser immer stärker anschwellenden Kampf Stimmung wollen wir auch derer dankbar gedenken, die einstmalig für Republik und Sozialismus ihr Leben hingegen haben, aber auch jener treuen Kampfgenossen und Brüder, die heute bereits wieder als Opfer der neuen Reaktion die Gefängnisse füllen. Wenn in dieser gewaltig aufkommenden neuen Kampf Stimmung jeder seine Pflicht tut, dann wird nicht Hakenkreuz, nicht Sowjetstern, sondern die rote Fahne mit den Freiheitspfeilen den Sieg davontragen.

Statreden im Rathaus

Großer Tag des Stadtparlaments

Im Stadtparlament erfolgt heute die Beratung des Stadthausplans für 1932. Die Fraktionen werden durch ihre Redner grundjährlich zur Berliner Kommunalpolitik Stellung nehmen. Für die Sozialdemokratie spricht auf einstimmigen Beschluß der Fraktion Genosse Max Kreuziger.

Die Ausschreibung der drei Stadtratsposten, die an Stelle der sofortigen Wahl vom Stadtparlament beschlossen wurde, ist außer im Amtsblatt der Stadt Berlin auch jetzt in dem Organ des Deutschen Städtetages erfolgt. Es handelt sich bekanntlich um die Posten von zwei Stadtbauräten, von denen der eine das Tiefbauwesen, der andere das Verkehrswesen verwaltet, und eines Stadtrats, der Dezernent des Wohlfahrtswesens sein soll. Die Bewerbungen sind bis zum 20. November an den Stadtverordnetenvorsteher Haß zu richten.

Der Weg in den Tod

In seiner Wohnung in der Wejerstr. 29 in Neutölln wurde gestern der 29jährige Tischler Gustav P. durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Allem Anschein nach hat P. die Tat bereits vor 8 bis 10 Tagen begangen. Der Lebensmüde lebte von seiner Frau getrennt und erst gestern war es Hausbewohnern aufgefallen, daß sich in der Wohnung des Mannes nichts regte. Das Motiv zur Tat ist unbekannt. — In der Kastanienallee vergiftete sich gestern während der Abwesenheit ihres Mannes die 64 Jahre alte Frau Helene T. durch Gas. Die Wiederbelebungsoberuche der Feuerwehr waren ohne Erfolg. Auf die gleiche Weise schieden die 30-jährige Hausangestellte Meta S. aus der Linienstraße 2 und der 69 Jahre alte Renteneinpfänger August H. aus der Marienburger Straße 24 aus dem Leben. — Der Selbstmord einer 17jährigen, die in der Wohnung ihrer Eltern in der Graefstraße in Treptow den Gashahn aufdrehte, konnte im letzten Augenblick verhindert werden. Die jugendliche Lebensmüde fand im Krankenhaus Aufnahme.

Gefängnis für Frau Jürgens

Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte die geschiedene Frau des früheren Landgerichtsdirektors und jetzigen Kammergerichtsrats Jürgens, Marie Jürgens, wegen fortgesetzten Betruges zu 6 Monaten Gefängnis unter Zuhilfenahme einer Bewährungsfrist. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, Frau Jürgens aus der Untersuchungshaft jedoch nicht entlassen, da gegen sie noch ein anderes Verfahren schwebt.

Mörder vom Nazistamm

Noch einmal Prozeß Hufelandstraße

Das Nazi-verbrechen in der Hufelandstraße in der Silvesternacht 1931 beschäftigt jetzt in mehrfacher Verhandlung zum zweitenmal das Landgericht I.

Die Nationalsozialisten Hauschte und Becker, die vom ersten Gericht wegen Totschlages zu je sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, schossen damals den Reichsbannermann Schneider im Baden seines Vaters nieder und gleich darauf auf der Straße den SPD-Mann Graf. Unmittelbar nach der Tat trat die Nazimörder-Fluchtorganisation in Funktion. Hauschte und Becker wurden nach Tirol abgeschoben und später von Oesterreich an die deutschen Behörden ausgeliefert. Die Auslieferung erfolgte nur wegen Totschlages. Die Anklage gegen beide lautete auf Totschlag und auf Friedensbruch. Aus diesem zweiten Punkte der Anklage war der Vater des getöteten Schneiders vom Kammergericht als Nebenkläger zugelassen worden. Da die Beurteilung jedoch entsprechend dem Auslieferungsovertrage bloß wegen

Totschlages erfolgen konnte, hat das Reichsgericht die Zulassung des Vaters als Nebenkläger gerügt und das erste Urteil aufgehoben. Der ganze Prozeß soll also jetzt zum zweitenmal aufgerollt werden.

Hoffentlich gelingt es den Mordmördern nicht, durch Winkelzüge das Gericht zu täuschen und der gerechten Strafe zu entgehen. Seit Silvester 1931 sind fast zwei Jahre vergangen, die Mörder spek-

ulieren zweifelsohne darauf, daß die Erinnerung der Zeugen an Einzelheiten ihrer blutigen Tat nicht mehr so frisch sein wird wie während der ersten Verhandlung.

Gestern wurden die Angeklagten zur Person vernommen und das Reichsgerichtsurteil verlesen. Die Verhandlung geht Freitag 10 Uhr im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtsgebäudes weiter.

Unser 9. November

Kampf ist die Parole

Die Hammerzucht des Parteivorstandes veranstaltete am Mittwochnachmittag nach Dienstschaft im Filmlaal, Lindenstraße 3, eine zwar kurze, aber ungewöhnlich einprägsame und wirkungsvolle Revolutionsfeier. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ansprache des Mitgliedes des Parteivorstandes, Genossen Max Westphal. Er sagte u. a.:

In Deutschland hat zur Zeit die Herrentaste, die vor 14 Jahren davongejagt wurde, das Staatssteuer in der Hand. Was wir heute sehen und erleben, ist ein Erfolg des unausgekehrten Kampfes gegen das demokratische System, ein Erfolg der Hege der Nazis und Kommunisten gegen die Republik. Zunächst hat man den Reichstag, durch den das Volk sich selbst regieren sollte und wollte, mit ewigen Krakeelen und Stänkern und mit unwürdigen Prägenzen vollkommen arbeitsunfähig gemacht und ihn damit an der Erfüllung seiner wichtigen Aufgaben verhindert. Dann ist man — d. h. eine kleine Clique von zunächst Unbekannten — daran gegangen, eine neue Verfassung vorzubereiten, die man dem Volke jetzt aufzwingen will. Die Reaktion hat nämlich gesehen, daß wir

Sozialdemokraten im Begriff waren, den alten Obrigkeitstaat zu einem Wohlfahrtsstaat umzugestalten, daß weiter durch unseren und den Einfluß der Gewerkschaften bereits wesentliche Anfänge einer neuen Wirtschaft in Staat und Gemeinden zu verzeichnen waren, daß durch den immer größer werdenden Einfluß von Partei und Gewerkschaften eine Umbildung der Beamtenschaft im Sinne der Republik sich vollzog. Zur Abwehr von Republik und Sozialismus propagierten sie den Gedanken, daß alles, was aus dem (doch von ihnen) verlorenen Weltkrieg an Rot und Glend entstanden war, als Folge des republikanischen Systems anzusehen sei. Damit haben sie tatsächlich die Zusammenschweißung des Bürgertums zu einer einzigen großen reaktionären Front erreicht. Die ungeliebte Spaltung der Arbeiterschaft ist dann weiter ein wichtiger Grund dafür, daß die seit dem 9. November 1918 eingeleitete gesamte Aufbauarbeit zum Abstoppen kam. Hätte das arbeitende Volk in Deutschland statt dessen seine Kräfte zusammengefaßt zu gemeinsamem Kampf, so hätte es ohne Zweifel eine Position nach der anderen nicht nur erkämpft, sondern auch ausbauen und halten können. Jetzt stehen wir vor

Barometer der Not

Immer mehr Wohlfahrtserwerbslose

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin, d. h. der langfristigen Erwerbslosen, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Krisenfürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im Oktober 1932 wiederum gestiegen. Sie betrug Ende Oktober 1932 329 957 gegenüber 326 863 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 0,9 Proz. zugenommen. Unter den am 31. Oktober 1932 gezählten Wohlfahrtserwerbslosen befanden sich 9336 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 9586.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Sonderverkaufs-Tage

Man muss jetzt ernstlich die Beschaffung warmer Winterkleidung betreiben, die Sie in unerschöpflicher Fülle bei uns vorfinden.

Mäntel und Kleider bester Qualität, auch in kostbarstem Modellgenre, erhalten Sie zu ungeahnt niedrigen Preisen für alle erdenklichen Figuren.

Moderne Pelzmäntel

aus echtem Viscacha auf vorzüglichem Futter, elegant verarbeitet nur **89.-**

Fesche Pelzjacken

aus Fohlenklaus u. -Backs, hochfein gefüttert, teilw. auf Steppfutter nur **49.-**

Leopold Gadiel

Das Haus für grosse Weiten



Wintermäntel
aus vorz. Stoffen, mit Pelzkrawatte oder Schal
nur **19-29-39.-**

Wollkleider
Ein Sortiment schöner in bester Verarbeitung
nur **12-15-18.-**

Trikot-Charmeuseblusen
Dunst gemasterte bis Größe 54
nur **7-9.-**

Ueberlaken mit Maschinestickerlei 150/250 nur **375**
Dazu passende Kopfkissen 80/80 nur **125**

Wetterfeste Lodenmäntel
auch in grossen Weiten, regendichte Oelhautmäntel nur **15.-**

Fesche Attila-Jacken
aus schöner Pelzimitation, mit Schal oder Krawatte nur **9-12-15.-**

Strickkleider
in aperten Strickarten nur **10-18.-**

Gute Dimitri-Bettgarnituren, 1 Deckbett m. 2 Kopfkissen nur **530**
Bettlaken aus gutem Haustuch 150/225 nur **210**

Bildschöne Mädchen-Mäntel
in unsortierten Größen nur **15-10.-**

Warmer mollig Morgenrock
gestreift oder kariert, mit Kordelborte nur **5.50**

Reinwollene Pullover
in allen Farben nur **3-4-5.-**

Warme farbige Damen- und Herren-Schlafanzüge
Serie I nur **325** Serie II nur **375**

Knaben-Ulster aus vorz. reißfesten Stoffen, herrenmäßig verarbeitet, für 6 Jahre nur **12.- + 1.-**

Kleider u. Sportröcke
aus vorzüglichen Stoffen in besten Passformen, nur **6-8-10.-**

Reinwollene Strickjacken
in Spenserform, vorzüglich verarbeitet nur **9.-**

Schöne Bademäntel
aus guten Kräuselstoffen nur **4.50**

Hoovers Sturz und die Folgen

Nach dem Votum gegen den Prosperitywahn

Die vernichtende Niederlage Hoovers ist in Wirklichkeit eine Niederlage der kapitalistischen Wirtschaftsidee. Stärker als irgendein Präsident vor ihm war Hoover der Repräsentant und das Symbol des triumphierenden Kapitalismus. Hoover wurde von den Amerikanern auf die Schultern gehoben als der Trommler und Garant der ewigen Prosperity, der

ewigen Hochblüte der kapitalistischen Wirtschaft.

Wie wurde ein Volk grausamer seiner Illusionen beraubt als das amerikanische Volk. Denn wenige Monate, nachdem Hoover sein Amt angetreten hatte, brach in Amerika mit dem großen Börsensturz vom Oktober 1929 die Wirtschaftskrise mit voller Wucht aus. Und obwohl Hoover auch dann noch jahrelang mit der Couvée-Methode der Selbsttäuschung das amerikanische Volk zu beruhigen und die verlorenen Illusionen wieder wachzurufen versuchte, wurde er doch endgültig von der Wirklichkeit widerlegt: in seinem Land — von Deutschland abgesehen — war der wirtschaftliche Rückschlag so furchtbar wie in den Vereinigten Staaten, in seinem Land das Anschwellen der Arbeitslosenmassen und ihr Elend so verheerend wie dort. Als schließlich der Wahltermin drohend heranrückte, verlor Hoover noch ein letztes Mal sein Glück. Er machte

die verzweifeltsten Anstrengungen.

der Krise Herr zu werden, die kühnsten Währungs- und Kreditkonstruktionen, die ohne Erschütterung der Währung noch möglich waren, wurden ausgedacht und verwirklicht, um von der Geldseite her die Wirtschaft zu beleben. Es zeigte sich aber — was von marxistischer Seite schon immer gegenüber der heute besonders stark verbreiteten Ueberschätzung der Vorgänge auf der Geldseite der Wirtschaft betont wurde —, daß eine kapitalistische Krise niemals durch mechanische Währungsmanipulationen überwunden werden kann.

Das Votum des amerikanischen Volkes gegen Hoover bedeutet eine Abkehr von dem Irrwahn, als könnte jemals ein dauerndes Glück der Völker auf kapitalistischer Grundlage begründet werden. Gewiß ist auch Roosevelt in gleicher Weise wie sein Vorgänger ein Vertreter dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aber das Votum des amerikanischen Volkes war in Wirklichkeit ein Votum nicht für Roosevelt, sondern gegen Hoover. Und es ist nur der un-demokratische — aber gerade deshalb von der deutschen Baronsregierung so hoch geachteten — Präsidentschaftsverfassung zuzuschreiben, daß die mächtig in die Breite gemachten sozialistischen Strömungen nur den unzulänglichen Ausdruck einer Zahlendatatur erhalten und sich im Wahlergebnis nicht genügend widerspiegeln konnten.

Deshalb bleibt das konkrete Ergebnis dieses tiefgehenden Stimmungswechsels in der amerikanischen Wählerschaft lediglich, daß Hoover durch Roosevelt, das republikanische Regime durch das demokratische, die Herrschaft einer kapitalistischen Partei durch die Herrschaft einer anderen kapitalistischen Partei abgelöst worden ist. Aus demselben Grunde können auch die

positiven wirtschaftlichen Auswirkungen

des Präsidentenwechsels nur viel bescheidener sein als die gefühlsmäßige Bedeutung dieses Wahlergebnisses. Immerhin, wenn auch in keiner grundsätzlichen Frage ein tiefergehender Unterschied zwischen den beiden Parteien besteht, so mag es doch sein, daß Roosevelt, schon um seinen Gegenlag zu Hoover zu demonstrieren, dazu gedrängt werden wird, weniger großkapitalistische und damit erfolgreichere Wege zur Bekämpfung der Krise zu suchen als Hoover.

Es mag sein, daß unter seinem Regime der Gedanke der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung stärker gefördert wird als unter Hoover — und damit würde nicht nur ein ungeheurer sozialer Fortschritt erzielt, sondern auch ein wichtiger Hebel für die Wiederbelebung der Massenkaufkraft geschaffen werden. Es mag sein, daß unter Roosevelt der Forderung der Demokraten nach Abbau der Zollmauern etwas nachgegeben wird, wenn man sich auch nicht der Hoffnung auf eine radikale Wendung in der amerikanischen Hochschulpolitik hingeben darf.

Es mag auch sein, daß der demokratischen Forderung nach Verstaatlichung der sogenannten Public Utilities, d. h. der in Privatbesitz befindlichen und vom Staat nur kontrollierten Versorgungsbetriebe entgegengekommen wird, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Demokraten diese Forderung nicht aus Sympathie für sozialistische Gedankengänge aufgestellt haben, sondern nur, weil es angesichts der katastrophalen Zusammenbrüche auf diesem Gebiet (man erinnere sich nur der berüchtigten Inflation) populär war, hier gegenüber den Republikanern radikale Forderungen aufzustellen. Und schließlich mag es auch sein, daß von der

Abkehr von der Prohibition,

die als Folge des demokratischen Wahlsieges für den nächsten Sommer zu erwarten sein dürfte, gewisse wirtschaftsbelebende Wirkungen ausgehen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß der Alkoholkonsum an sich volkswirtschaftlich irgendwie vorteilhafter ist als die

Prohibition. Im Gegenteil, der große amerikanische Wirtschaftsaufschwung ging gerade in der Zeit der Prohibition vor sich. Aber von einer plötzlichen Konsumumstellung, wie sie die Aufhebung der Prohibition zur Folge haben dürfte, können, wenn sie in den Tiefpunkt der Wirtschaftskrise fällt, durch den Anreiz zu großen Investitionen starke, belebende Wirkungen ausgehen.

Man darf diese Wirkungen zwar nicht überschätzen, sie werden sich wohl auch zeitlich lange hinausziehen. Immerhin verdient die Möglichkeit genannt zu werden, ebenso wie die günstigen Auswirkungen einer Legalisierung des Alkoholkonsums auf die Staatseinnahmen. In keinem Land der Welt ist das Defizit in den Staatseinnahmen so gigantisch und trostlos wie in den Vereinigten Staaten. Gelingt es, dieses Defizit durch Alkoholsteuern — als die bequemste und politisch heute in den Vereinigten Staaten am leichtesten durchzuführende Besteuerungsart — stark einzudämmen, so würde damit auch ein wichtiger Krisen- und Unruheherd ausgeräumt werden.

Bei allen wirtschaftlichen Rückwirkungen der amerikanischen Präsidentschaftswahl handelt es sich aber, wie immer wieder betont werden muß, nur um Möglichkeiten. Ob Roosevelt wirklich den Mut und die Kraft zur Verwirklichung dieser Möglichkeiten finden wird, muß abgewartet werden.

50-Mark-Steuerscheine

Können auch verkauft werden

Seit dem 1. November sind die Steuergutscheine mit den Nennbeträgen über 100 M. und darüber an der Börse eingeführt. Um den Besitzern von Steuergutscheinen über 50 M. die Verwertung ihrer Stücke zu ermöglichen, sollen jetzt auch diese von den Eigentümern verkauft werden können, und zwar zum Durchschnittskurs der 5 Jahresfälligkeiten der an der Börse eingeführten Steuergutscheine, der am Tage vorher notiert ist. Durch einen Kursabschlag in Höhe von 1/2 Proz. des Nennwertes werden alle Verkaufsproben einschließlich der sogenannten Manipulationsgebühren abgezogen. Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die Berliner Stempelvereinigungen, der Deutsche Sparfassen- und Giroverband, der Reichsverband der Deutschen

landwirtschaftlichen Genossenschaften, Raiffeisen e. V., der Deutsche Genossenschaftsverband e. V. und der Verband Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten sowie die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse haben den ihnen angeschlossenen Instituten den Ankauf der kleinen Steuergutscheine empfohlen.

Köln bewegungsunfähig

Wohlfahrt erfordert 90 Prozent der Steuereinnahmen

Die Erklärungen, die am Dienstag der Frankfurter Stadtkammer den Schatzamtsverwaltern abgab, wurden am Mittwoch auf der Gläubigerversammlung der Stadt Köln von dem dortigen Kammerer noch unterfesselt.

Der Vertreter der Kommune stellte fest, daß auch eine kleine Teilrückzahlung auf die 40 Millionen Schatzamtsverwaltern aus laufenden Steuereinnahmen unmöglich ist. Fast die gesamten laufenden Einnahmen der Stadt werden durch die Wohlfahrtslasten aufgezehrt. Seit der Inflation hat die Stadt Köln 643,7 Millionen für die Wohlfahrtspflege einschließlich Wohnungsfürsorge aufbringen müssen. Man muß damit rechnen, daß im laufenden Finanzjahr bei der wachsenden Verelendung der Bevölkerung 90 Proz. der gesamten Steuereinnahmen für die Wohlfahrt verwendet werden müssen. Unter Hinweis auf die bevorstehende Wahl des Gläubigervertreters erklärte der Kammerer, daß die Stadt dieser Vertrauensperson selbstverständlich alle Unterlagen zur Verfügung stellen werde.

Wie in Frankfurt wurde nach längerer Debatte als Gläubigervertreter der von der Bankengruppe vorgeschlagene Dr. Bail gegen 118 Stimmen von Einzelgläubigern gewählt. Ein Beirat von sieben Mitgliedern wird ihm zur Seite gestellt.

Kraftgüter-Konzentration

Der Reichsverband Deutscher Auto-Transport-Unternehmer e. V., Düsseldorf, der vornehmlich die kleingewerblichen Unternehmer vom Güterfernverkehr umfaßt, hat beschlossen, unter Verlegung seines Sitzes nach Berlin die Ende 1931 ins Leben gerufene „Deutscher

Nach der Revolution

Der Meinungsstreit in Spanien

Der Nationalkongress des Spanischen Gewerkschaftsbundes (Union General de Trabajadores), der vor kurzem in Madrid tagte, hatte ein schweres Stück Arbeit zu bewältigen. Die spanischen Gewerkschaften befinden sich in einem organisatorischen Umbau, der ähnlich wie in anderen Ländern auf die Schaffung starker Zentralverbände abzielt. Dieser Umbau muß durchgeführt werden zu einer Zeit, wo die Bewegung gezwungen ist, auch dem Drang der Arbeiterchaft zu praktischen sozialpolitischen Erfolgen Rechnung zu tragen. Wie überall, wo der Arbeiter die Möglichkeit hat, unter Umständen einen direkten Einfluß auf die Leitung der Regierungsgeschäfte auszuüben, so ist ganz besonders die Sturm- und Drangperiode der spanischen Gewerkschaften von dem Meinungsstreit über die Frage der politischen Taktik erfüllt.

Die Union zählt nach der offiziellen Statistik des Jahres 1932 insgesamt 1 041 539 Mitglieder. Das ist etwa das Fünffache der Mitgliederzahl des Jahres 1930. Wie in Deutschland, so nahm auch in Spanien rein zahlenmäßig der organisatorische Aufstieg nach der Revolution ein stürmisches Tempo an. Während der Diktatur Primo des Rivas betrug die Mitgliederzahl noch 210 567 (1928). Gegenwärtig sind organisiert 971 072 Männer, 41 945 Frauen und 25 539 Jugendliche. Man hatte einen starken Zuwachs nach dem Umsturz erwartet. Der Anstieg der Mitgliederzahlen war jedoch so stürmisch, daß die organisatorische Neugestaltung, die zwangsläufig nun folgen muß, naturgemäß mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Kongress hat durch die Annahme verschiedener Statutenänderungen den Weg zum Aufbau kräftiger Zentralverbände frei zu machen versucht.

Auch in Spanien gibt es Arbeitslosigkeit. Am 30. Juni d. J. gab es insgesamt 446 263 Arbeitslose, von denen 276 106 gewerkschaftlich organisiert waren. Kein Wunder also, wenn auf dem Kongress in der sozialpolitischen Debatte vor allem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Hauptrolle spielte. Der Kongress sprach sich zur Hebung der wirtschaftlichen Klüftung des Landes für ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten (Eisenbahnen, Straßen, Häfen usw.) aus. Er forderte die sofortige Durchführung der Agrarreform sowie die Annahme eines Gesetzes, wonach die Schließung einer Fabrik als Krisenmaßnahme nur nach Prüfung durch eine paritätische

Kommission erfolgen darf. Weiter forderte der Kongress die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche und die Kürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden in gefährlichen oder gesundheitschädlichen Betrieben sowie für jene Berufe, in denen die Maschinen die Handarbeit ersetzen haben.

Das Kernstück der Kongressarbeit lag in der Erörterung der Taktik, die die spanischen Gewerkschaften in der nächsten Zeit verfolgen wollen. So mancher Hoffnung, die die Revolution gemehrt hat, ist zunächst eine Enttäuschung gefolgt. Kein Wunder, wenn die Zahl derer, die die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung skeptisch beurteilen, zugenommen hat. Wohl erhebt die bisherige Führung des Bundes unter Cordero ein klares Vertrauensvotum, trotzdem wurden jedoch weder Cordero, der bisherige Vorsitzende, noch Carrillo, sein Stellvertreter, wiedergewählt. Die Neuwahl der Leitung des Bundes brachte die Gruppe, die die Politik der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen ablehnt,

Glänzendes Glend

Hinter den Kulissen

Mit dem Abschluß eines neuen Lohntarifvertrages sowie einiger Sondervereinbarungen für das technische Personal in den privaten Berliner Theatern ist der Tarifkonflikt in den Privatbühnen noch nicht beigelegt. Es sieht nach der Neuregelung der Bezahlung der Schauspielerei, Musiker, Chorführer und Tänzer offen. Für die Schauspieler ist am Montag vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt worden, jedoch ergebnislos. Die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger wollte mit dem Verband Berliner Bühnenleiter wieder ein Mindestgagenabkommen abschließen, da das alte Abkommen am 31. August abgelaufen war und die Bühnenleiter es verstanden hatten, die Verhandlungen zur Beendigung des tariflosen Zustandes bis zum Herbst zu verzetteln. Als die Bühnenleiter schließlich am 31. Oktober vor den Schlichtungsausschuß zitiert wurden, erklärten sie fälschlicherweise, daß sie an den Neuantrag eines Mindestgagenabkommens gar nicht mehr dächten und auch die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses bestritten müßten!

Am 15. Oktober hatten die Bühnenleiter noch

Kraftwagen-Frachtführer-Vermittlungs- und Abrechnungsstelle), Berlin, zu übernehmen und seine sämtlichen Mitglieder in diese Genossenschaft zu überführen. Gleichzeitig ist vorgesehen, an verschiedenen Plätzen des Reiches Zweigniederlassungen der Genossenschaft zu errichten, die die Frachtwagenvermittlung und Frachtabrechnung für die Genossen übernehmen.

Reichsbankentlastung

Reich zahlt Kredite zurück

Der Reichsbankausweis vom 7. November zeigt eine neue sehr starke Entlastung von jenen Krediten, die zum Oktoberende in Anspruch genommen waren. Die Wechselbestände gingen um 73,7 auf 2783,4, die Reichsbankwechsel um 28,0 auf 11,5 und die Lombarddarlehen um 98,6 auf 10,1 Millionen Mark zurück. Auf Girokonto ergab sich eine Abnahme der fremden Gelder um 23,3 auf 366,3 Millionen Mark. Der Notenumlauf sank um 117,8 auf 3502,2, der an Rentenbankscheinen um 13,3 auf 394,1 Millionen.

Die Gold- und Devisenbestände haben um 1,2 Millionen auf 939,1 Millionen abgenommen. Dabei ist zu beachten, daß das Reich eine fällige Rate von 3 Millionen Dollar des von dem amerikanischen Bankhaus Lee Higginson u. Co. vermittelten Kredits zurückgezahlt hat, so daß die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank sich ohne diese Rückzahlung vermehrt haben würden. Die Notendeckung betrug am 7. November 26,8 gegen 26,0 Proz. in der Vormoche.

Deutschland im Irak

Die Ausnutzung von industriellen Lieferrechten im Irak-Degebiet ist jetzt von der englischen Gruppe Thomas Brown, die an der British-Oil-Development beteiligt ist, an ein deutsches Industriekonjunktium übertragen worden.

Die deutsche Industriegruppe besteht aus dem Stahlverein, der Gute-Hoffnungshütte, den Mannesmannröhrenwerken und der Firma Otto Wolf. Diese Uebertragung der Lieferrechte im Erdölgebiet des Irak sichert der deutschen Gruppe eine Beteiligung von 38 Proz. bei insgesamt 100 Millionen Mark industriellen Aufträgen. In der Hauptsache kommen als Lieferungen Rohrleitungen, Bohrgeräte und Tankschiffe in Betracht. Man rechnet bereits Anfang des Jahres mit dem Beginn der Auftragserteilung.

Das Reich wird im Rahmen der zur Exportförderung zur Verfügung stehenden Mittel eine Garantie übernehmen.

ans Ruder. Beführt wird diese Gruppe von Besteiro, dem Parlamentspräsidenten, Sabarrit, dem zweiten Bürgermeister von Madrid, Trifon Gomez, dem Führer der Eisenbahner, und Lucio Martinez, dem Vorsitzenden des Landarbeitersverbandes. Sie waren schon bei Ausrufung der Republik gegen eine Mitarbeit der Sozialisten an der Regierung. Largo Caballero, der bisher als Generalsekretär der Führung des Bundes angehörte, wurde wohl wiedergewählt, er verzichtete jedoch zusammen mit drei Freunden seiner Richtung auf die ihnen durch die Neuwahl bestimmten Posten.

Besteiro und seine Gruppe lehnen selbstverständlich wie Caballero jeden Spaltungsgeanken auf das entschiedenste zurück. Auch hat der Verlauf des Kongresses wiederholt eine gefestigte Disziplin geoffenbart, so daß mit irgendwelchen ernsthaften Komplikationen durch die Umgruppierung der Führung nicht zu rechnen ist. Das ergibt sich auch aus der Kongressdebatte über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei. Die Willenserklärung des Kongresses zu dieser Frage lautet: Der Bund basiert auf den gleichen Grundfragen wie die sozialistische Partei, und beide Organisationen werden gemeinsam handeln, wenn das für notwendig erachtet wird.

erklärt, daß sie zum Abschluß eines Mindestgagenabkommens bereit wären, wenn der zum 31. Dezember gefällige Normaltarifvertrag, der für die gesamte deutsche Schauspielerschaft gilt, wieder neu abgeschlossen worden sei. Der Schlichtungsausschuß hat am Montag zwar die Notwendigkeit eines neuen Mindestgagenabkommens anerkannt, dessen Abschluß aber auch von dem Ausgang der Verhandlungen über den Normaltarifvertrag abhängig gemacht, die bis zum 31. Dezember beendet sein müssen.

Zu welchen Ausschüssen die Tariflosigkeit geführt hat, zeigt die Tatsache, daß Volksschauspieler heute mit Gagen von 1,50 M. bis 5 M. pro Tag abgelassen werden und noch von Glück sagen können, wenn ihnen die Theater diese miserablen Gagen nicht noch schuldig bleiben. Bis zum 31. August d. J. betrug die Mindestgagen eines Volksschauspielers, der drei Jahre am Theater tätig ist, 300 M. monatlich. Wenn man bedenkt, daß die Bühnengenossenschaft angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage nur noch eine Mindestgagen von 250 M. gefordert hat, und daß die Mindestgagen heutzutage Normalgagen sind, muß man zugeben, daß die Forderungen der Bühnengenossenschaft bescheiden sind. Schließlich kann die Theaterkrise, deren Größe von vielen Bühnenleitern stark übertrieben wird, nicht auf dem Rücken der Schauspieler ausgetragen werden.

SCHICKSAL MASCHINE

14] ROMAN VON

STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturna-Verlag.)

Wozu lebe ich noch? durchfuhr es den Liegenden. Wozu? Ist mein Leben nicht schon längst zu Ende? Meine Frau ist weit fort von mir, noch leben wir zusammen — aber welche Entfernung ist zwischen uns! Mein Sohn ist weg, er ändert meinen Namen, meine Tochter tröstet einen alten, gebrochenen Mann, vielleicht streichelt sie ihm eben jetzt Gesicht und Hände. Sufi? Was ist sie mir? Nichts, nichts, nichts kann sie mir sein! Meine Fabrik? Ach ja, solange sie schlecht ging, glaubte ich, sie wäre mein Lebensinhalt, ich könnte nicht leben ohne sie. Aber das war nichts als Stolz und Eitelkeit, und heute, da sich die Dinge wieder zum Guten gewendet haben, sehe ich, wie entbehrlich mir das alles ist. Chimäre ist alles, alles Chimäre! Wozu noch dieses Dasein? Wozu? Ach, wie müde bin ich! Ein Handgriff und all das ist gewesen, endgültig und für immer! Ach, wie herrlich, daß der Mensch dies kann, daß es in seine Hand gegeben ist, dieses Leben zu beenden! Wo ist meine Waffe? Ja, hier, in dieser Lade liegt sie; ich muß sie nur entschärfen, die Hand ausstrecken...

Aber die Augen fielen nun doch zu, stoßweise preßten die Lungen den Atem aus, Weltlin schlief. Als er erwachte, waren seine ersten Gedanken bei Erna. Er läutete, fragte nach ihr und erfuhr, daß sie spät nachts erst heimgekehrt war und bereits seit einer Stunde wieder das Haus verlassen hatte. Mühsam erhob sich Weltlin, die Kopfschmerzen waren kaum geringer geworden, er mußte alle Energie aufwenden, um nicht neuerlich aufs Lager zu sinken.

Im Betrieb waren Hast und Unruhe womöglich noch ärger als am Tage vorher, und nur mühsam gelang es Weltlin, das Ungeheuer Fabrik zu bändigen.

Gegen zwölf Uhr wurde er angerufen. Erna war beim Telefon.

„Vater?“
„Ja, mein Kind.“
„Komm' gleich zu mir, Vater, gleich... hierher in die Bank.“

„Was ist's denn, mein Kind?“
„Etwas Gräßliches ist geschehen, ich brauche dich!“
„Ja, Erna. Ich bin gleich bei dir. Gleich...“

Welche Stimme hatte Erna? fuhr es Weltlin durch den Sinn. Als fünfjähriges Mädchen, als ganz kleines Kind hatte sie so gesprochen. Was muß geschehen sein, daß sie wieder diesen Ton findet?

Das Auto hielt vor dem mächtigen Bankpalast. Eine unübersehbare Menschenmenge drängte sich vor den Türen. Alle wollten zu den Kassen, um den geringfügigen Betrag zu beheben, den die Regierung den Einlegern freigegeben hatte. Mühsam schuf sich Weltlin durch die erregte Menge den Weg. Gesprächsfeigen berührten seine Ohr. „Bande!“ — „Zuerst stehlen sie unser Geld, mästen sich ihren Banst und dann machen sie sich noch über uns lustig!“ — „Aufhängen müßte man sie alle, die Schweine!“ — „An die Laterne mit ihnen!“ Ein unbehagliches Gefühl stieg in Weltlin hoch, er empfand eine Art Verbundenheit mit denen, die jetzt die lärmende Empörung der Masse traf. Als er daran dachte, daß auch er vor noch nicht allzulanger Zeit hier als Bittsteller gestanden war, mußte er still vor sich hinschmelzen. Ueber dicke Teppiche — der Schall der erbitterten Vermünchungen war nur mehr gedämpft hörbar — schritt Weltlin zu den Räumen der Direktion. Als er in das Zimmer seiner Tochter trat, stand sie mit dem Gesicht zum Fenster, bemerkte den Eintretenden nicht.

„Guten Tag, Erna! Was gibt es denn?“
„Verzeih, Vater, daß ich dich gerufen habe. Es war sehr unüberlegt von mir, dich aus deiner Arbeit zu stören. Ich habe auch in die Fabrik telephoniert und wollte dich bitten, nicht zu kommen, doch du warst schon unterwegs.“

„Also, was ist denn eigentlich los?“
„Ach, es war nur der erste Moment der Verwirrung, Vater. Ich war einen Augenblick lang nervös, aber nun habe ich mich wieder in der Gewalt.“

„So sprich doch endlich, Erna!“
„Du weißt es noch nicht, Vater?“ Sie war wieder zum Fenster getreten, preßte den Kopf an die Scheiben und dann sprach eine ganz veränderte Stimme von weither: „Krüger hat sich erschossen — hier — vor kaum einer Stunde... Nebenan liegt die Leiche.“

Weltlin erhob sich. Die Nachricht hatte ihn getroffen, aber nur für einen kurzen Augenblick. All seine Gedanken galten der Tochter. Also ist es doch wahr, was Albert andeutete — fuhr es ihm blitzartig durch den Kopf. Warum hat sie mich belogen? Was muß das arme Kind jetzt mitmachen?!

Er war leise und behutsam hinter sie getreten und streichelte, ein wenig unbeholfen,

ihre Schulter. Erna drehte sich um. Ihr Gesicht schien unbewegt, nichts deutete auf irgendeine Erregung... Wie maskenhaft ihr Gesicht ist, dachte erschreckt Weltlin, zu unserer Zeit pflegte man noch zu weinen und alles war einfacher. Wenn sie doch auch nur weinen könnte!

„Eine schöne Befehrerung, wie?“ fragte sie mit gewollt-teilnahmslosem Tonfall.

„Du warst im Zimmer, als es geschah?“
„Rein, Vater. Ich saß hier und arbeitete, als der Schuß tönte. Ich hatte keine Ahnung. Am Morgen, als er ins Büro kam, begrüßte er mich wie immer; er hatte dann zwei Konferenzen; nachher erschienen Herren vom Gericht bei ihm, und als diese gegangen waren, geschah es.“

„Er hinterließ keine Erklärung — nichts?“

Der Mann, der nicht schlafen konnte...

Porträt nach der Wirklichkeit / Von Alice Ekert-Roltholz

Können Sie sich einen Mann vorstellen, der nicht schlafen kann? Der 15 Jahre hindurch kein Auge schließt? Sagen Sie nicht, dieser Mann wäre ein Wunder der Technik oder ein Verächter der Schlafmittel! Dieser Mann war bloß ein Opfer des Weltkrieges...

Der Mann, der nicht schlafen konnte, zog als rüstiger Dreißiger ins Feld. Er funktionierte tadellos. Seine Existenz teilte sich wie bei dir und mir automatisch in Wachen und Schlafen. In der Heimat hatte der Mann geschlafen, um tagsüber zur Arbeit wach zu sein. Im Felde wachte der Mann, um möglichst schnell wieder einzuschlafen. Was wollten Sie? Das Feld der Ehre hat andere Befehle als das Feld der Arbeit! Hurra! Hurra! —

Eines schlechten Tages ging dem Mann, der nicht schlafen konnte, ein Geißel in den Kopf. Der Mann wurde als lebender Toter nach Haus verfrachtet. Das in jedem Sinne feindliche Geißel hatte sein Gehirnzentrum getroffen. Dort, wo die Schlafheroen sitzen. Das Zentrum streifte... das Leben ging weiter... der Mann konnte nicht mehr schlafen... Nie mehr.

Stellen Sie sich vor: der Mann konnte nicht schlafen. Folglich konnte der Mann nicht vergessen. Nicht die Schrecken des Krieges und nicht die Schrecken des Friedens. Der Mann konnte natürlich auch nicht träumen. Er konnte dem Kriegserlebnis nicht einmal mehr auf Stunden entfliehen. Denn die Wirklichkeit war viel grausiger gewesen als der grauigste Traum... War er vielleicht der letzte und wirkliche Kriegsgefangene? —

Wenn Sie sich nun zu diesem Manne noch unsere Gegenwart vorstellen, dann wird Ihnen — vielleicht kurz vor dem Einschlafen — ein Blichlicht aufgehen, daß dieser Mann ein wahrhaft Verdammter dieser Erde war. Kein Filmstar und kein Heiland schritt je durch solche Finsternisse! Kein Nobel-Preisrichter kann ausmalen, wie es in einem immerwährenden Kopfeumor! So arm und so geschlagen ist keins von Gottes minderwertigen Ebenbildern, daß es nicht in ein paar Stunden Schlaf sein Glend auf Klubesseln bettet! —

Das Gehirn dieses Kriegsoffiziers glich einer überfüllten Schreckenskammer. Es war eine nie ruhende Registriermaschine, vom Unglück geißt.

Der Mann, der nicht mehr schlafen konnte, versuchte zunächst alle möglichen Schlafmittel. Er las Unterhaltungsromane, er hörte hintereinander 87 Rundfunkprogramme, er abonnierte sich bei redseligen Frauen... Nichts half. Wo alle einmal einschlafen — er wachte.

Kleine Episode aus der Kollektion fünfzehn schlafloser Jahre: Der Mann „schläft“ im Mittelstadium der Lebensverweigerung mit einer zärtlichen Verkäuferin. Er versucht, aus Angst vor der Nachtwache, seine Partnerin mit Liebe und mit Erzählungen die Nacht über wach zu halten. Er ist eine Schacherezebe im baumwollenen Schlafanzug, mit müden Jüngen und zuckenden Augen. Das Mädchen sinkt schlaftrunken in seinen Armen zusammen und murmelt: „... Stehe den ganzen Tag... hinterm Ladentisch... Laß uns schlafen!... Schlafen...!“ Sie schläft. Der Mann möchte sie ermorden. Das soll Liebe sein? Dumme Gans! —

Es war Liebe... Aber ein Mensch, der nicht schlafen kann, kann nicht einmal mehr lieben. Liebe ist nur möglich, wenn der Schlaf die unerbittliche Bewußtheit durch Pausen der Bewußtlosigkeit verflüchtigt. Schlaf ist die Rettungstation der Liebespaare! Unser Mann hatte den Zutritt zu dieser Rettungsstation im Kriege verloren. Er mußte wie ein Schiffbrüchiger auf dem festen Boden des Schlafzimmers ertrinken.

Im Jahre 1932 hatte der Kranke keine Mittel mehr, sich irgendwelche Nachtmittelhaltungen zu verschaffen. Eines Abends fand er sich in einem Obdachlosenlager wieder. Er betrachtete die

„Nichts, keine Zeile! Na, so was pflegt man ja auch nicht mit seiner Sekretärin zu besprechen!“ lachte sie laut, übertrieben, theaterhaft auf. „Verzeih, Vater“, fügte sie gleich hinzu, nahm ihr Täschchen und gebrauchte andächtig Puder vor einem kleinen Spiegel.

Wenn ich ihr doch nur helfen könnte, dachte Weltlin und fühlte schmerzhaft und zu tiefst erschüttert: hier gibt es keine Hilfe, sie muß allein fertig werden... Und wenn sie nicht damit fertig wird? fragte eine teuflische Stimme. Er ließ den Kopf hängen. Nur reden können, irgend etwas reden können! empfand er, aber die Lippen blieben verschlossen.

„Und wies auch nichts in seinem Benehmen auf die furchtbare Absicht hin?“ fragte Weltlin mechanisch und ärgerte sich über seine Worte, denn er wollte etwas ganz anderes fragen.

„Rein, Gott, daß ihm die ganze Sache hier über den Kopf wuchs, daß er, der Stille und Abseitige nicht in diesen Kot und Schmutz gezogen werden wollte, ist verständlich. Aber, daß er an Selbstmord dachte, nein, das konnte ich nicht annehmen. Hätte ich es geahnt, hätte ich es nur geahnt!“

„Hättest du es denn verhindern können?“
Erna blühte aus ihren Vater und mit einem Male sah sie erstaunt, ein wenig be-

glückt und ein wenig beruhigt, seinen besorgten Gesichtsausdruck.

„Vielleicht hätte ich das verhindern können, Vater!“ sagte sie und sah ihm voll ins Auge.

„Ja, Erna!“ sagte er nach einer Weile, erhob sich, ging im Zimmer auf und ab.

„Es ist alles so fest im Leben“, sagte er.

„Hätte ich es nur geahnt!“ wimmerte von irgendwo die Stimme Ernas, „es ist meine Schuld, daß ich es nicht ahnte, daß ich ohne Ahnung neben ihm...“ Sie vollendete den Satz nicht, preßte die Lippen aneinander und schwieg.

„Glaubst du denn, Kind, daß der Selbstmord planmäßig vorbereitet war? So etwas geschieht doch meist in einem Moment der Verwirrung.“

„Ich möchte noch einmal die Leiche sehen“, sagte Erna.

„Aber Kind!“ rief Weltlin.

„Ich will ihn noch einmal sehen!“ sagte Erna fest und ohne den Vater anzusehen; ihr Blick ruhte irgendwo im Raum auf einem nicht existierenden Punkt.

„Das Zimmer wird abgeperrt sein“, wollte Weltlin ablenken.

„Hier durch diese Türe kann man direkt hinein.“ Sie war aufgesprungen, eilte zur Tür und drückte die Klinke nieder.

(Fortsetzung folgt.)

schlafenden, zersehten Pennbrüder der Reihe nach sehr genau. „Ihr Glücklichen!“ sagte der Mann ganz laut in die Luft hinein...

Nun rannte er wie ein vom Wachssein Befessener durch die nächtlichen Straßen. Hinter schwärzlichen Fenstern schliefen die Leute ihre Sorgen aus. Sie verschliefen den Hunger oder die Angst vorm Hunger. Sie ließen die Demütigungen und Enttäuschungen des Tages ins Nichts versinken. Sie entschlössen dem launischen Bürovorsteher, der ratternden Maschine, dem untreuen Liebhaber Mäze, der drohenden Ermiffion... Ja, die vergaßen für eine Atempause den Straßentkampf, den Geschlechterkampf, den Klassenkampf...

Der Mann, der nicht schlafen konnte, kämpfte da unten auf der Straße für sie alle, stöhnte für sie alle, starb jede Nacht widerwillig den Opfertod für eine widerwillige Menschheit... Die Schlafenden reisten unterdessen ins Uferparadies, ins Dritte Reich, nach Rügelsee, nach Kap Heidi...

Der Kopf des Schlaflosen war eine Schreckenskammer, in der die Mäheren der Zeit sich fließen... Eine nie ruhende Registriermaschine, vom Unglück geißt. Ein Archiv für eigene und fremde Verzweiflung...

Glossen

Von Lina Freuder

Der Verstand ist legal.

Er leidet ab, folgert, entwickelt. Er wird von der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt und, als zu ihr gehörig, geschätzt. Man weiß, woran man mit ihm ist. Evolution.

Der Geist ist anarchisch.

Er ist gegenständig, sprunghaft, verwirrend. Er wird von der bürgerlichen Gesellschaft verkannt und, als Duzfieber, unter- oder überschätzt. Man fürchtet das Unerwartete, Neue, Revolution.

Jemand sagte mir, er könne nicht ohne das „Uebernotwendige“ leben, womit er die fröhlichen, Künste und Wissenschaften meinte, die abendlichen Feste, die tägliche Badewanne, den mehr oder minder künstlichen Dyon, usw.

Eigentlich lebt niemand ohne das „Uebernotwendige“, insofern jeder, der das „Uebernotwendige“ an Aunehmlichkeiten nicht haben kann, durchaus „Uebernotwendiges“ an Sorgen, Ängsten und Wähen hat.

Könnte man diese zwei so verschiedenen Begriffe des „Uebernotwendigen“ doch endlich einmal in einander dividieren!

„Was für Möglichkeiten!“ krächte der Hahn, als er sich mit heftigem Geflatter bis auf den Misthaufen hinaufgezogen hatte.

Manche Menschen gleichen ihren Häusern: an der Straße die Bohnräume, im Keller die Borratskammern. Sie machen sich aber nicht gern die Mühe hinaufzusteigen, um ihre Schätze zu beleuchten und ihnen die notwendige Pflege angedeihen zu lassen.

Begreifen — ist sinnlich.

Verstehen — gedanklich.

Wer denkt, versteht.

Wer fühlt — begreift.

Sagen Sie nicht kürzlich in der Zeitung, daß ein Kriegserledigter, der nicht mehr schlafen konnte, den Cashahn aufdrehte? Wir wissen, daß er anders starb. Melodramatischer sozusagen, wie es einem Opfer aus der großen Zeit zukommt!

Eines Abends geriet unser Held nämlich in eine Straßenschlacht. Reden knallten... Schüsse knallten... Schützengraben in der Heimat! — Schrie jemand: „Heil Hitler!“? Schrie jemand „Heil Moskau!“?

Der Mann, der nicht schlafen konnte, hörte nur „Heil!“ Er dachte: „Was ist Heil? Schlaf... Schlaf ist das einzige Heil.“

Ein Schlagring faust auf sein Gehirn herunter. Der Mann, der nicht schlafen kann, sinkt um und lächelt... Er lächelt wie Gottoater persönlich oder wie ein Aktionär, auf den Dividenden ausgeschüttet werden.

Zum erstenmal seit fünfzehn Jahren hat unser Mann einen ruhigen Kopf. Seine Privathölle geht in Konturs. Stille... Er schläft. Schläft sofort auf Ewigkeitsvorrat. Er ist glücklich... Er lächelt...

Sagt, was ist der Schlaf? Ein Ozean von Baldriantee, in dem jeder Schmerz mit Erfolg ertrinkt!...

Könnten die Menschen erfassen, daß hinter jeglicher, auch der winzigsten Lebensregung, das Sterben steht, wie würden sie das Leben lieben!

Wenn die Sprache nicht wäre — wie könnte man etwas verschweigen!

Manche Menschen sind hilfsreich, um sich selbst zu entlasten.

Also sprach...

Als Papst Clemens XIV. (1769—1774) einen neuen und hohen Zoll auf einige Waren legte, die England und Holland in den Kirchenstaat einführen, stellte ihm das Kardinalkollegium vor, daß er sich damit die Freundschaft der Engländer und Holländer verschmerzen würde.

„D, wenn die aufmucken“, entgegnete der Papst lächelnd, „dann hebe ich die Fasten auf und erlaube auch am Freitag Fleisch zu essen. Dann mögen sie leben, was aus ihrem Handel mit gelatzten Fischen wird.“

Ein bekannter, sehr gefinnungstreuer und darum auch nicht mit großen Reichtümern begabter Dichter wird schon eine ganze Weile von einem Schreiberling mit einem Gespräch über die hehren und ewigen Aufgaben der Kunst gefangeweilt.

Als nun, wie unvermeidlich, just dieser Schmierant (der seine Feder ein gutes Halbdutzendmal nach dem erfolgversprechenden politischen Wind gedreht hatte) bei der Losgelöstheit der Kunst von allen zeitgeschichtlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen angelangt ist, verliert der Dichter endlich die Geduld und unterbricht das Gespräch des Ideologiefabrikanten. „Ich arbeite, wie jeder andere Arbeiter auch, um das zu verdienen, was ich zum Leben, und dazu brauche, weiterarbeiten zu können.“

„Oh, ich aber, ich schreibe nur um der Kunst willen, für die Ehre, um Dichterruhm zu ernten.“ „Dann versucht eben jeder von uns beiden, mit seiner Arbeit das zu verdienen, was ihm fehlt.“ lautet die Antwort des Dichters, der sich wendet und geht.

M./M.

Weiße Zähne: Chlorodont